

Für die Presse

Neue Pläne für die Finanztransaktionssteuer sind zu schwach

Bonn, 21.06.2018 Anlässlich des nächsten Treffens der EU- Finanzminister am 22. Juni 2018 drückt der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax seine Sorge um die Wirksamkeit einer abgeschwächten Finanztransaktionssteuer (FTT), wie sie Bundesminister Olaf Scholz nun in Aussicht stellt.

„Zehn Jahre nach dem Skandal um Lehman Brothers setzen Banken den Hochfrequenzhandel mit Finanzprodukten und Derivaten unverändert und ungehindert fort. Ebenso leben immer noch um die 800 Millionen Menschen in extremer Armut mit weniger als 1,90 USD Einkommen/Tag. Die Folgen des Klimawandels sind in den letzten zehn Jahren immer deutlicher geworden,“ beschreibt der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Stephan Ackermann die Situation, die die FTT nach wie vor notwendig macht.

In seiner Erklärung beurteilt er den neuen Vorschlag des Bundesministers als nicht effizient genug, da eine Besteuerung des Aktienhandels alleine keine oder zumindest nur eine geringe Wirkung gegen ausufernde Spekulationen hat. Zudem wird viel weniger Geld eingenommen werden, da der Aktienmarkt nur einen Bruchteil des gesamten Marktes der Finanztransaktionen ausmacht. Darüber hinaus wird die Aushandlung einer Steuer unter den 27 Mitgliedsstaaten der EU die Einführung bedenklich verzögern.

„Damit drohen die Bemühungen um eine Finanzmarktregulierung zu scheitern.“ stellt Ackermann fest. Er plädiert daher dafür, den ursprünglichen Vorschlag der österreichischen Regierung von 2013, der eine umfassendere Besteuerung z.B. auch von Derivaten vorsah, erneut aufzugreifen und das europäische Instrument der verstärkten Zusammenarbeit zu nutzen.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax gehört zu den Erstunterzeichnern der Kampagne ‚Steuer gegen Armut: Die Finanztransaktionssteuer‘, die von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis nach der Finanzkrise im Jahr 2008 die Besteuerung des Handels mit Finanzprodukten als ein wichtiges Instrument gefordert hatte, um den außer Kontrolle geratenen Finanzmarkt effektiv zu regulieren und die Menschen vor weiteren Finanz- und Wirtschaftskrisen zu schützen. Dabei war ein Hauptanliegen, die Einnahmen dieser Steuer zur Bekämpfung weltweiter Armut und der Folgen des Klimawandels einzusetzen.

Die Erklärung im Wortlaut findet sich im Anhang.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Verantwortlich:

Dr. Hildegard Hagemann
Bonner Büro Justitia et Pax
Tel.: 0228-103317